



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, 16.5.2024  
C(2024) 3399 final

Seine Exzellenz  
Stéphane Séjourné  
Ministerin für Europa und auswärtige  
Angelegenheiten  
37, Quai d'Orsay  
F - 75351 Paris  
Frankreich

**Betreff:       Notifizierung 2024/0092/FR**

**Entwurf eines Beschlusses über das Verzeichnis der als von  
allgemeinem Interesse eingestuften Dienstleistungen gemäß  
Artikel 20-7 des Gesetzes Nr. 86-1067 vom 30. September 1986 über  
die Kommunikationsfreiheit**

**Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der  
Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015**

Exzellenz,

im Rahmen des Notifizierungsverfahrens gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535<sup>1</sup> notifizierten die französischen Behörden der Kommission am 20. Februar 2024 den Entwurf eines „Beschlusses über das Verzeichnis der als von allgemeinem Interesse eingestuften Dienstleistungen gemäß Artikel 20-7 des Gesetzes Nr. 86-1067 vom 30. September 1986 über die Kommunikationsfreiheit“ (im Folgenden „notifizierter Entwurf“).

Mit dem neu notifizierten Entwurf soll Artikel 20-7 des Gesetzes Nr. 86-1067 vom 30. September 1986 umgesetzt werden, der mit der Verordnung Nr. 2020-1642 vom 21. Dezember 2020 zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/1808 (im Folgenden „AVMD-Richtlinie“) eingeführt wurde<sup>2</sup>. Nach Ansicht der französischen Behörden ist

---

<sup>1</sup> Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (kodifizierter Text), ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1.

<sup>2</sup> Richtlinie (EU) 2018/1808 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste

Artikel 20-7 in Artikel 7a der AVMD-Richtlinie verankert, der eine fakultative Bestimmung für die Mitgliedstaaten darstellt, die es ihnen ermöglicht, Maßnahmen zu ergreifen, um eine angemessene Herausstellung audiovisueller Mediendienste von allgemeinem Interesse sicherzustellen.

Der notifizierte Entwurf betrifft die Liste der Dienste, die automatisch als Dienstleistungen von allgemeinem Interesse im Sinne von Artikel 20-7 des Gesetzes vom 30. September 1986 über die Kommunikationsfreiheit (öffentlich-rechtliche Medien in Frankreich und TV5 für die Erfüllung seiner gemeinwirtschaftlichen Aufgaben) eingestuft werden, und der Dienste, die später von der französischen nationalen Regulierungsbehörde Arcom als solche eingestuft werden können, weil sie bestimmte Kriterien erfüllen. In die zweite Kategorie fallen nationale frei zugängliche Fernsehdienste, die über eine gemäß Artikel 30-1 des Gesetzes vom 30. September 1986 erteilte Rundfunklizenz verfügen, sowie audiovisuelle Mediendienste auf Abruf, die dem Nutzer unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, sofern sie untrennbar mit den genannten Fernsehdiensten verbunden sind und von ihnen, ihren Tochtergesellschaften oder den sie kontrollierenden Gesellschaften im Sinne von Artikel 41-3 Nummer 2 des Gesetzes vom 30. September 1986 zur Verfügung gestellt werden. Diensteanbieter dieser zweiten Kategorie müssen ihre Liste der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse an die französische nationale Regulierungsbehörde übermitteln.

Im Zusammenhang mit dem notifizierten Entwurf richteten die Kommissionsdienststellen am 6. März 2024 ein Ersuchen um zusätzliche Informationen an die französischen Behörden, um Erläuterungen zu den Maßnahmen des notifizierten Entwurfs zu erhalten. Die von den französischen Behörden am 15. März 2024 übermittelten Antworten werden bei der folgenden Bewertung berücksichtigt. Eine Prüfung der einschlägigen Bestimmungen des notifizierten Entwurfs hat die Kommission veranlasst, folgende Bemerkungen abzugeben:

### ***Vereinbarkeit des notifizierten Entwurfs mit Artikel 56 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union***

In Beantwortung des Ersuchens der Kommission um ergänzende Informationen betreffend die Notifizierung 2024/0092/F erklärten die französischen Behörden, dass die Liste der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die Arcom erstellen wird und auf einem Antragsverfahren beruht, auch Unternehmen umfassen kann, die nicht in Frankreich niedergelassen sind. Die französischen Behörden erklärten, dass die Förderfähigkeit der Dienstleistungen davon abhängt, ob sie die Voraussetzungen des Artikels 20-7 des Gesetzes Nr. 86-1067 vom 30. September 1986 über die Kommunikationsfreiheit und/oder die im notifizierten Entwurf genannten Kriterien erfüllen. Insbesondere besteht die Verpflichtung, die Ausstrahlung oder Zurverfügungstellung ihrer Dienste der gesamten Bevölkerung des französischen Festlands zu ermöglichen.

Aus den von den französischen Behörden übermittelten ergänzenden Informationen geht daher hervor, dass ausländische Mediendiensteanbieter in Bezug auf die Zulässigkeit eines Antrags nicht unmittelbar diskriminiert werden.

Die Kommission möchte jedoch daran erinnern, dass der EuGH die zulässigen Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs eng ausgelegt hat. Artikel 56 AEUV sieht nicht nur die Beseitigung jeder Diskriminierung des Dienstleistenden aufgrund

---

(Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten.

seiner Staatsangehörigkeit oder des Umstands vor, dass er in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassen ist als dem, in dem die Dienstleistung erbracht werden soll, sondern verlangt auch die Aufhebung aller Beschränkungen – selbst wenn sie unterschiedslos für inländische Dienstleistende wie für solche aus anderen Mitgliedstaaten gelten –, sofern sie geeignet sind, die Tätigkeiten des Dienstleistenden, der in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassen ist und dort rechtmäßig vergleichbare Dienstleistungen erbringt, zu unterbinden, zu behindern oder weniger attraktiv zu machen<sup>3</sup>.

Auf der Grundlage der vorstehenden Ausführungen und in Übereinstimmung mit den Bemerkungen in den Notifizierungen TRIS [2020/813/D](#) und TRIS [2023/205/I](#) weist die Kommission die französischen Behörden darauf hin, dass sichergestellt werden muss, dass die praktischen Bedingungen für das im notifizierten Entwurf festgelegte Antragsverfahren, wie z. B. sprachliche Anforderungen und Informationen über die Aufforderung zur Einreichung von Bewerbungen, keine Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs für Mediendiensteanbieter mit Sitz außerhalb des französischen Hoheitsgebiets darstellen. Diese Notwendigkeit ergibt sich auch aus Artikel 11 der Charta der Grundrechte der EU, in dem u. a. die Freiheit verankert ist, „Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben“.

Die Kommission fordert die französischen Behörden auf, die oben genannten Bemerkungen zu berücksichtigen.

Die Kommission erinnert die französischen Behörden außerdem daran, dass sie der Kommission gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/1535 den endgültigen Wortlaut nach dessen Annahme mitzuteilen haben.

Ich verbleibe, Exzellenz,

Für die Kommission

Roberto Viola  
Generaldirektor der  
Generaldirektion  
Kommunikationsnetze, Inhalte und  
Technologien

---

<sup>3</sup> Siehe z. B. Urteil Jyske Bank Gibraltar vom 25. April 2013 (C-212/11, EU:C:2013:270, Randnrn. 58-59).